

# Suchet der Stadt Bestes!

Vortrag auf einer Tagung der Deutschen Evangelische Allianz und Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, 2006

---

Der anglikanische Theologe **John Stott** beschrieb 1984 die Evangelikalen als solche Christen, die traditionell auf der Flucht vor der Welt sind. Selbstkritisch meinte er: *Die Gemeinschaft mit Glaubensgeschwistern ist angenehmer als der Dienst an einer gleichgültigen und sogar feindlichen Umwelt. Natürlich unternehmen wir von Zeit zu Zeit einen evangelistischen Streifzug in feindliches Gebiet, das ist schließlich unsere Spezialität als Evangelikale. Aber dann ziehen wir uns wieder zurück über den Graben in die christliche Burg, ziehen die Zugbrücke hoch und verschließen sogar Augen und Ohren vor den Bittstellern, die vergeblich ans Tor pochen. Soziales Engagement galt bei uns in Anbetracht der bevorstehenden Wiederkunft des Herrn im Großen und Ganzen als Zeitverschwendung. Wenn das Haus bereits brennt, wozu dann noch neue Gardinen aufhängen oder die Möbel umstellen? Das einzige, was zählt, ist die Rettung der Opfer (J.Stott, Christsein in den Brennpunkten unserer Zeit).*

Das liegt 22 Jahre zurück. Heute erlebe ich mehr und mehr aufgeschlossene junge Evangelikale, die sich politisch engagieren möchten, aber nicht so recht wissen, wie sie es anfangen sollen. Andere sind längst an der (politischen) Arbeit, setzen sich ein für die von Gott geliebte Welt, leiden aber darunter, in ihren christlichen Gemeinden und Gemeinschaften oft nicht verstanden zu werden. Sie fühlen sich von ihren Mitchristen isoliert und können kaum in ihre Gemeinden einbringen, was sie bewegt.

Damit sind wir bereits im Zentrum unserer Thematik, dem Verhältnis zwischen den Christen und der Politik. Zugeschnitten ist dieser Vortrag eher auf den pietistisch-evangelikalen Flügel der Christenheit. Suchet der Stadt Bestes! Schauen wir uns zunächst diese Bibelstelle an.

## 1. Die biblische Grundlage.

Jeremia wurde um 650 vor Christus geboren und mit 27 Jahren zum Propheten berufen. Er lebte in einer politisch turbulenten Zeit. Seine Heimat Juda geriet ins Kreuzfeuer zweier Weltmächte: Babylonien im Norden und Ägypten im Süden. 598 wurde Juda von den Babyloniern besiegt. 587 folgte die Einnahme Jerusalems, und große Teile der Bevölkerung wurden ins Exil nach Babylon gebracht, dort lebten sie in der Fremde. Die Stadt muss für sie überwältigend gewesen sein, imposante Gebäude, prachtvolle Straßen, Tore und Mauern mit wundervoll glasierten Ziegeln. Am Neujahrstag fand jeweils eine große Prozession mit eindrucksvollen Götterstatuen statt (Einen kleinen Eindruck davon gewinnt man hier im Berliner Pergamon-Museum). Falsche Propheten sagten den Juden eine rasche Rückkehr nach Jerusalem voraus. In dieser Situation trifft Jeremias Brief an die Exilanten ein, er hat ihn im Auftrag Gottes geschrieben: *Baut Häuser und wohnt darin, pflanzt Gärten und esst ihre Früchte, nehmt euch Frauen und zeugt Söhne und Töchter, dass sie Söhne und Töchter gebären; mehret euch dort, dass ihr nicht weniger werdet. **Suchet der Stadt Bestes**, dahin ich euch habe wegführen lassen, und betet für sie zum Herrn; denn wenn's ihr wohlgeht, so geht's auch euch wohl (Jeremia 29, 5-7).*

Christ und Politik? Es ist wichtig, sich daraufhin Jeremia 29, 7 einmal genauer anzusehen. Politik kommt von *polis*: die Stadt, der Stadtstaat, das Gemeinwesen. Suchet der Stadt Bestes heißt: Setzt euch ein für das individuelle und soziale Wohlergehen der Menschen in Babylon.

Isoliert euch nicht, zieht euch nicht zurück, kuschelt euch nicht in eure frommen Gettos ein. Gebraucht eure Begabungen und Möglichkeiten nicht nur in den eigenen Reihen, gebraucht sie zum Wohl der Menschen eures Ortes und Landes. Wohlgermerkt: Jeremia schreibt im Namen Gottes. Gott selbst beauftragt sein Volk, das Beste der Stadt zu suchen und für sie zu beten.

Arbeiten und Beten, beides ist wichtig! Man muss beten als ob alles Arbeiten nichts nützt und arbeiten, als ob alles Beten nichts nützt (Martin Luther). Aber leider ist nicht einmal das Gebet für politische Verantwortungsträger (1. Timotheus 2,2) gängige Praxis in evangelikalen Gemeinden. *Betet für Bonn, betet für Deutschland*, lautete der Titel und Aufruf eines Buches, das der frühere Parlamentarische Staatssekretär, Dr. **Horst Waffenschmidt**, 1990 schrieb. Und der Altbischof der Württembergischen Kirche, **Hans von Keler**, schrieb: *Das Gebet ersetzt keine Tat, aber das Gebet ist eine Tat, die durch nichts anderes ersetzt werden kann*. In diesem Sinne sind Christen und christliche Gemeinden gefordert: **Sucht der Stadt Bestes! Betet für sie zum Herrn!** Dazu gehört die nüchterne Feststellung: Ihr Wohl ist euer Wohl! Keine Frage: Dieser Brief hat eine wegweisende Bedeutung für unsere Gegenwart (Helmut Lamparter).

## 2. Christ und Politik – eine wechselvolle Beziehung.

Doch nicht immer waren pietistisch und evangelikal geprägte Christen politisch abstinent. Im Gegenteil, schaut man sich die europäische Erweckungsbewegung des 18. und 19. Jahrhunderts an, so zeigte sie auch politische Wirkungen. John Stott ist überzeugt, dass die evangelikale Erweckung in Großbritannien mehr zur Verbesserung der öffentlichen Moral beigetragen hat, als jede andere Massenbewegung. Historiker glauben sogar, **John Wesley** (1703-1791) komme das Verdienst zu, England vor den Schrecken einer blutigen Revolution (wie in Frankreich) bewahrt zu haben.

John Wesley fand durch deutsche Pietisten (Herrnhuter) zum Glauben. Schon 1675 hatte **Philipp Jakob Spener** (1635-1705) in seiner berühmten Reformschrift *pia desideria* darauf hingewiesen, dass eine andere Verteilung der Güter notwendig sei: „Warum? Weil ich daran denken muss, dass ich nichts zu eigen habe, denn es ist alles meines Gottes Eigentum.“ Und dann plädiert er in seiner Schrift dafür, endlich zu tun, was die Liebe erfordert. Die Notwendigkeit der geistlichen Wiedergeburt und die Sorge für das Wohlergehen der Menschen sind für ihn kein Widerspruch, sie gehören untrennbar zusammen. Durch Philipp Jakob Spener wurde **August Hermann Francke** (1663-1727) vom Evangelium erfasst. Mit 7 Gulden gründete er bei Halle eine Armenschule, legte den Grundstein für ein Waisenhaus, unterrichtete die Kinder und förderte die besonders Begabten in Sprachen und Wissenschaft. So entstanden die „Franckeschen Stiftungen“ mit Internat, Lateinschule, Apotheke, Buchhandlung und Buchdruckerei. Auch **Friedrich Oberlin** (1740-1826), Pfarrer im Steintal, ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Das Steintal war eine arme und verwahrloste Gegend im Elsass. Als Bauer, Arzt und Apotheker half er zahlreichen Menschen. Auch er war eine Frucht des frühen Pietismus. Oberlin initiierte die Gründung von bäuerlichen Genossenschaften und baute im Steintal Baumwoll-Spinnereien auf.

In Norwegen war es **Hans-Nielsen Hauge** (1771-1824), der als Erweckungsprediger durchs Land zog und zahlreiche Betriebe gründete, die den Bauern das Einkommen sicherten. Die rationalistisch geprägte Kirche verfolgte ihn, 1804 wurde er auf eine Anzeige des Bischofs in Christiania (Oslo) hin verhaftet und bis 1811 ins Gefängnis geworfen. Auch **Henry Dunant** (1828-1910) gehört in diese Reihe, der unter dem Einfluss der Erweckungsbewegung in der französischen Schweiz Christ wurde, den Genfer CVJM gründete und 1901 den Friedensnobelpreis für die Gründung des Roten Kreuzes und das Zustandekommen der

Genfer Konvention erhielt. Ich könnte weitermachen mit **Carl Metz** (1818-1877), dem Gründer der Freiwilligen Feuerwehr, oder **Friedrich Wilhelm Reiffeisen** (1818-1888), Bürgermeister einer Westerwaldgemeinde, der die Ländlichen Genossenschaften gründete und als ihren Grundpfeiler die Reiffeisen-Genossenschaftsbank ins Leben rief.

Hier in Berlin gründete **Adolf Stoecker** (1835-1909) 1878 eine Christlich-soziale Arbeiterpartei. Sein Anliegen war die Evangelisierung der verelendenden und entkirchlichten Schichten Berlins. Er sagte: „Will man die Herzen der Menschen erreichen, muss man über die sozialen Dinge mit ihnen reden.“ Es gibt nicht nur Gutes von ihm zu berichten, wenn man an seine antisemitische Propaganda denkt. Als Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und als Reichstagsabgeordneter zog er sich den Unwillen Bismarcks und des Kaisers, Wilhelm II. zu. Stoecker ist auch der Gründer der Berliner Stadtmission.

Auch in der frühen Geschichte der Evangelischen Allianz fällt auf, wie stark sie sich für politische Anliegen engagierte. Ihre ersten Konferenzen endeten nie ohne öffentliche Stellungnahmen zu aktuellen politischen Problemen (1846: Gegen die Sklaverei und eine Verpflichtung zur Heilighaltung der Presse, 1851: für die Befreiung des Ehepaars Madai, das wegen Bibelverbreitung in Haft war, 1955: Memorandum für Religionsfreiheit in der Türkei, 1857: für die nicht geduldeten evangelischen „Sekten“ in Mecklenburg-Schwerin und für Verfolgte in Spanien, 1879: gegen Kinderverlobungen in Indien und den britisch-chinesischen Opiumhandel usw.).

Aber in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kam es zu einem Umschwung. Evangelikale Kreise wendeten sich von ihrer sozialen Verantwortung ab und konzentrierten sich fast ausschließlich auf das Heil der Seele. Was war die Ursache? John Stott sieht sie zuerst in einer Reaktion auf die liberale Theologie, sie breitete sich um die Jahrhundertwende aus. Evangelikale reagierten darauf mit der Verteidigung und Verkündigung des rettenden Evangeliums. So kam es zur Trennung zwischen *Heil* und *Wohl*, obwohl es doch zwei Seiten derselben Münze sind. Zwischen 1910 und 1915 wurde in Amerika die 12 bändige Buchreihe *The Fundamentals* herausgegeben, sie prägte den Begriff „Fundamentalismus“. Laut Stott waren die Evangelikalen nun damit beschäftigt, die Fundamente des biblischen Glaubens zu verteidigen und meinten, für soziale Belange keine Zeit mehr zu haben.

Vertreter der liberalen Theologie entwickelten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein „soziales Evangelium“, bei dem das soziale Engagement der hebräischen Propheten im Vordergrund stand. Es wurde Kritik am kapitalistischen System geübt und eine Art simplifizierter Kommunismus oder christlicher Sozialismus propagiert (Stott). Dem alten Evangelium von der Errettung der Seele stellte man ein neues Evangelium vom Reich Gottes gegenüber. **Walter Rauschenbusch** (1861-1918), Professor für Kirchengeschichte am Rochester Seminary in New York schrieb: „Es geht nicht darum, einzelne in den Himmel zu bringen, sondern darum, die Eintracht und Harmonie des Himmels hier auf Erden herzustellen.“ Und weiter: „Der wesentliche Sinn und Zweck des Christentums besteht in der Verwandlung der menschlichen Gesellschaft in das Reich Gottes durch eine umfassende Umgestaltung aller zwischenmenschlichen Beziehungen.“ Rauschenbusch war 11 Jahre lang (1886-1897) Baptistenpastor in New York City gewesen (Hell's Kitchen) und hatte die bedrückende Situation der Armen dort selbst kennen gelernt. Das hatte ihn geprägt.

Mit Recht reagierten evangelikale Christen ablehnend darauf. Das Reich Gottes ist eben keine christianisierte Gesellschaftsordnung, sondern die Herrschaft Gottes im Leben derer, die Christus angenommen haben. Aber wie fast immer bei einer Polarisierung kam es zur Pendelbewegung. Einseitigkeiten bringen neue Einseitigkeiten hervor.

Erst mit den evangelikalen Kongressen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die soziale Verantwortung wieder in die evangelikalen Programme genommen. 1966 fand in den USA eine Welt-Missions-Konferenz statt, auf der die Teilnehmer einstimmig die sogenannte **Wheaten-Erklärung** annahmen. Sie forderten damit alle Evangelikalen auf, mit Entschiedenheit für die Gleichstellung aller Rassen, sowie für die Freiheit aller Menschen und alle anderen Formen sozialer Gerechtigkeit einzutreten.

1974 kamen in Lausanne 2700 Christen aus 150 Nationen zum **Lausanner Kongress für Weltmission** zusammen. Dort definierte John Stott „Mission“ als die umfassende Sendung Gottes für den ganzen Menschen: Wort und Tat, verbale Verkündigung und helfende, heilende Liebe dürfen nicht voneinander getrennt werden. In der von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen unterzeichneten **Lausanner Verpflichtung** heißt es in Artikel 5: „Wir bekräftigen, dass Gott zugleich Schöpfer und Richter aller Menschen ist. Wir müssen deshalb seine Sorge um Gerechtigkeit und Versöhnung in der ganzen menschlichen Gesellschaft teilen. Sie zielt auf die Befreiung der Menschen von jeder Art der Unterdrückung. Da die Menschen nach dem Ebenbild Gottes geschaffen sind, besitzt jedermann ungeachtet seiner Rasse, Religion, Farbe, Kultur, Klasse, seines Geschlechtes oder Alters eine angeborene Würde. Darum soll er nicht ausgebeutet, sondern anerkannt und gefördert werden. Wir tun Buße für dieses unser Versäumnis und dafür, dass wir manchmal Evangelisation und soziale Verantwortung als sich gegenseitig ausschließend angesehen haben. Versöhnung zwischen Menschen ist nicht gleichzeitig Versöhnung mit Gott, soziale Aktion ist nicht Evangelisation, politische Befreiung ist nicht Heil. Dennoch bekräftigen wir, dass Evangelisation und soziale wie politische Betätigung gleichermaßen zu unserer Pflicht als Christen gehören. Denn beide sind notwendige Ausdrucksformen unserer Lehre von Gott und dem Menschen, unserer Liebe zum Nächsten und unserem Gehorsam gegenüber Jesus Christus. Die Botschaft des Heils schließt eine Botschaft des Gerichts über jede Form der Entfremdung, Unterdrückung und Diskriminierung ein. Wir sollen uns nicht scheuen, Bosheit und Unrecht anzuprangern, wo immer sie existieren. Wenn Menschen Christus annehmen, kommen sie durch Wiedergeburt in sein Reich. Sie müssen versuchen, seine Gerechtigkeit nicht nur darzustellen, sondern sie inmitten einer ungerechten Welt auch auszubreiten. Das Heil, das wir für uns beanspruchen, soll uns in unserer gesamten persönlichen und sozialen Verantwortung verändern. Glaube ohne Werke ist tot (Lausanner Verpflichtung 1974).“

Wichtig ist, dass die Lausanner Verpflichtung nicht nur von sozialer Verantwortung, sondern von einem **sozialpolitischen Engagement** spricht. Es geht dabei nicht „nur“ um eine soziale Hilfeleistung, sondern um eine Veränderung der sozialen Probleme. John Stott gebrauchte ein eindrückliches Beispiel: Wenn es zwischen Jerusalem und Jericho die Regel ist, dass Reisende überfallen werden, wird nicht nur ein „barmherziger Samariter“ gebraucht, sondern ein Polizeiposten an der Straße. Oder wenn sich an einer Straßenkreuzung die Unfälle häufen, brauchen wir nicht nur mehr Krankenwagen, sondern eine Ampel, damit Unfälle vermieden werden. Das **Manifest von Manila** (1989) verstärkt das noch: „Die Proklamation des Reiches Gottes erfordert notwendigerweise eine Verwerfung all dessen, was damit nicht vereinbar ist. Zu den Übeln, die wir beklagen, gehören zerstörerische Gewalt, auch in der Form von institutionalisierter Gewalt, politische Korruption, alle Formen der Ausbeutung von Menschen und der Erde, Aushöhlung der Familie, Abtreibung auf Verlangen, Drogenhandel und Nichtbeachtung der Menschenrechte. In unserer Fürsorge für die Armen sind wir betrübt über die Schuldenlast in der Zweidrittel-Welt. Wir sind auch empört über die unmenschlichen Bedingungen, unter denen Millionen leben, die wie wir Gottes Ebenbild tragen.“

Der weitere Text setzt sich von einer Verwechslung des Reiches Gottes mit einer christianisierten Gesellschaft ab und macht darauf aufmerksam, dass wahre Mission immer *inkarnatorisch* sein muss: „Darum müssen wir demütig Zugang suchen zu der Welt anderer Menschen, indem wir uns mit ihrer sozialen Wirklichkeit identifizieren, mit ihrer Trauer und ihrem Leid, mit ihrem Ringen um Gerechtigkeit gegen Unterdrückungsmächte. Dies kann nicht ohne persönliche Opfer geschehen.“

### **3. Christ und Politik – eine oft missverstandene Beziehung.**

Worin liegt nun das eigentliche Spannungsfeld zwischen den Christen und der Politik? Vermutlich hat es im evangelikalen Bereich meist mit dem unterschiedlichen Verständnis des neutestamentlichen Begriffes „Welt“ zu tun. Auf der einen Seite liebt Gott die Welt und gibt das Beste für sie (Johannes 3, 16), andererseits werden seine Jünger und Jüngerinnen davor gewarnt, die Welt zu lieben (1. Johannes 2, 15). Was meint Jesus, wenn er zu Pilatus sagt, dass sein Reich nicht von dieser Welt ist (Johannes 18, 36)?

Diese Fragen und die daraufhin oftmalige Ausklammerung von Politik hat auch mit einem Missverständnis von Luthers Zwei-Reiche-Lehre zu tun. Anlass dieser Lehre waren Übergriffe vonseiten der Landesfürsten auf Bereiche des Glaubens. Zum Beispiel wurde Luthers Übersetzung des Neuen Testaments in Bayern, Brandenburg, Sachsen-Meißen und Österreich verboten, die Behörden verlangten ihre Auslieferung. In den Niederlanden gab es deswegen bereits erste Märtyrer. Luther sah sich gezwungen, mit theologischen Argumenten dagegen vorzugehen. Ein weiterer Anlass waren die Täufer, die sich auf die Bergpredigt beriefen und sie als Anweisung für ihre politische Einstellung gebrauchten. Sie verweigerten jede politische Betätigung und lehnten den Eid ab. Thomas Müntzer begann mit der revolutionären Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Auf alles das wollte Luther mit seiner Lehre von den zwei Reichen antworten. Die Fürsten sollten Fürsten und die Bischöfe Bischöfe sein. Er schrieb: „Ich muss immer solchen Unterschied dieser zwei Reiche einbläuen und einkäuen, eintreiben und einkeilen, ob es wohl so oft, dass es verdrießlich ist, geschrieben und gesagt ist. Denn der Teufel hört nicht auf, diese zwei Reiche ineinander zu kochen und zu brauen. Die weltlichen Herren wollen in des Teufels Namen immer Christus lehren und meistern, wie er seine Kirche und geistlich Regiment führen soll. So wollen die falschen Pfaffen und Rottengeister...immer lehren und meistern, wie man solle das weltliche Regiment ordnen...“ Dies ist der Hintergrund von Luthers Zwei-Reiche-Lehre.

Nun spricht Luther nicht von zwei „Reichen“, sondern von „Regimenten“. Gemeint sind eigentlich zwei verschiedene „Herrschaftsweisen“ und nicht zwei getrennte Reiche, wie z.B. bei Augustin, der vom Reich Gottes und dem des Teufels spricht. Das Reich Gottes wie auch das Reich der Welt wird bei Luther von Gott regiert, Gott bedient sich aber dabei unterschiedlicher Herrschaftsweisen: Christen als Bürger des Gottesreiches veranlasst das Evangelium zum Verzicht auf persönliches Recht (Luthers Auslegung zu Matthäus 5, 39), dagegen haben Christen als Bürger des Staates sich mit allen Mitteln des Rechtes für die Belange ihres Nächsten einzusetzen. In beiden Fällen ist das Motiv die Liebe, aber die Herrschaftsweise sehr verschieden.

Die Folgen dieses Missverständnisses waren (und sind), dass der Auftrag der Kirche ausschließlich in der Verkündigung des Evangeliums gesehen wurde. Auf eine Stellungnahme zu politischen Fragen meinte man verzichten zu müssen. Auf diese Weise verlor die Kirche wichtige Maßstäbe, politische Entwicklungen kritisch zu beurteilen. Das wirkte sich besonders zu Beginn und während des Dritten Reiches aus. Karl Barth (Königsherrschaft Gottes) meinte, eine Linie von Luther über Friedrich dem Großen und Bismarck bis Hitler ziehen zu können. Er war überzeugt, Luther habe die politische Welt aus der Bindung an die

Gebote Gottes entlassen. Aber die Fehlentwicklungen sind eigentlich nicht Luther anzulasten, ihm lag eine Privatisierung des Evangeliums fern. Er wollte keine Scheidung, sondern Unterscheidung der Reichen und ihrer Herrschaftsweisen (Gerhard Hörster). Nach Luther hat auch der christliche Verkündiger das Recht und sogar die Pflicht, den Staat auf seine Aufgaben und Grenzen hinzuweisen, Luther selbst hat das getan. Er äußerte sich zur Ehe, zu den Schulen und Universitäten, zum Bauernaufstand und zum Türkenkrieg. Dabei hat er die Herrschenden nicht geschont.

Wie immer man es sieht, die falsch verstandene Trennung zwischen Christ und Welt hatte katastrophale Folgen, auch (und vielleicht gerade) bei evangelikalen Christen. Und bei ihnen ist es nicht einmal so, dass sie diese Trennung radikal vollziehen, wie etwa die Hutterer oder Amish-People. Evangelikale leben manchmal in einem Kokon evangelikaler Frömmigkeit, während sie gleichzeitig fast kritiklos den Gesetzen des säkularen Lebens folgen. Auf dem Evangelisationskongress 1989 in Manila zitierte Os Guinness Ray Kroc, den Gründer und ersten Vorsitzenden der weltweiten Kette von McDonald's. Kroc war ein Evangelikaler, und bevor er starb, wurde er von der „New York Times“ gefragt, woran er glaube. Er antwortete: „Ich glaube an Gott, an meine Familie und an McDonalds.“ Dann fügte er hinzu: „Und wenn ich mein Büro betrete, dann kehre ich die Reihenfolge um.“ Os Guinness sagte, er sei sicher, dass das als Scherz gemeint gewesen sei, aber Millionen von Christen leben so. Sie bekennen: Jesus ist mein Herr, und leben doch einen kompromissvollen Teilzeitglauben.

In den USA wurde 1969 eine soziologische Studie zum Thema „Soziale Einflüsse und institutionalisierte Religion“ durchgeführt. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass diejenigen, die die persönliche Erlösung besonders betonen, in der Regel konservativ sind, den Status Quo erhalten wollen und kaum Anteilnahme und Interesse an der sozialen Not der Armen und der Farbigen zeigen. Insgesamt stellt die Studie religiös orientierte Menschen als selbstbezogen und auf die Errettung der eigenen Seele konzentriert dar (zitiert bei John Stott, Christsein in den Brennpunkten unserer Zeit). Ein erschreckendes Resultat! Nicht **von** der Welt, aber **in** der Welt (Johannes 17, 14+15) beschreibt Jesus die Stellung seiner Jünger, und schließt alle Glaubenden darin ein. Christen sind schon jetzt Bürger und Bürgerinnen des Reiches Gottes, aber sie leben verantwortlich mitten in der Welt, um Gottes Liebe, Barmherzigkeit und Gerechtigkeit zu verkörpern.

#### **4. Christ und Politik – eine hoffnungsvolle Beziehung.**

Meine Kirche, der Bund Freier evangelischer Gemeinden, startet in wenigen Wochen mit einem Kongress, den er „**Leben mit weitem Horizont**“ überschrieben hat. Dieses Thema wurde in einem kleinen Leitungskreis geboren, in dem wir begriffen, wir denken von Gott, von Jesus Christus, von seiner Welt und Erlösung viel zu klein. Kleinkariertes Denken schränkt auch politisches Denken ein, mündet oft in aggressiven Festlegungen, Abgrenzungen und Verurteilungen. Leider weist unsere pietistisch-evangelikale Geschichte in dieser Hinsicht manche Beispiele auf, z.B. führte die Verbundenheit mit der Monarchie des Kaiserreiches bis in die späten Zwanziger Jahre zu einer Ablehnung der Weimarer Republik. Dem beginnenden Parlamentarismus standen Christen meist skeptisch gegenüber, das Frauenstimmrecht wurde abgelehnt, man forderte Führerpersönlichkeiten und nicht Parteifunktionäre. Auch die Gründung des Völkerbundes 1920 lehnten viele Christen ab. Die internationale Zusammenarbeit wurde verdächtigt, eine Vorstufe des antichristlichen Reiches zu sein.

Ich lade Sie ein, zum Schluss drei zentrale Begriffe ins Bewusstsein zu rücken. Schauen wir sie uns aus der Sicht der Heiligen Schrift, wenn auch nur skizzenhaft, an:

- *Die biblische Lehre von Gott.*

„Ich glaube an Gott, den Vater, den Allmächtigen, den Schöpfer des Himmels und der Erde“ bekennen wir im ersten Artikel. Gott ist größer als alles, was wir denken können. Er sprengt unser Vorstellungsvermögen bei weitem. Er ist der Schöpfer des Universums mit der unvorstellbaren Tiefe von über 12 Milliarden Lichtjahren (so weit können wir mit modernsten Teleskopen schauen). Er hat die über 100 Milliarden Galaxien geschaffen, auch unsere Milchstraße mit ihren 300 Milliarden Sternen. Unser blauer Planet entstammt seinem Schöpfungswillen, uns Menschen setzte er darauf als Bebauer und Bewahrer ein (Genesis 2, 15). Gerade als evangelikale Christen haben wir in dieser Beziehung Defizite. Wir mögen stark in der persönlichen Beziehung zu Jesus sein, aber wenn es um die Erhaltung seiner Schöpfung geht, sind wir oft sehr schwach. Es gibt keinen Raum ohne seine Gegenwart. Er ist immer und überall derselbe. Wir brauchen den weiten biblischen Horizont vom allmächtigen Gott.

- *Die biblische Lehre vom Menschen.*

Gott liebt die Welt, also ausnahmslos jeden Menschen, nicht nur die Frommen unter ihnen. Die Bibel beginnt mit Adam (Genesis 1, 27) und nicht mit Abraham (Genesis 12, 1), und sie endet mit dem neuen Himmel und der neuen Erde (2. Petrus 3, 13), nicht mit einem neuen Erdteil oder einem Land. Jeder Mensch ist als Ebenbild Gottes geschaffen (Genesis 1, 26+27) und hat damit eine besondere Würde (Psalm 8, 5-7). Das gilt für geborene wie auch für ungeborene Menschen (Jeremia 1, 5; Psalm 139, 13-16). Die Bibel bewahrt uns aber auch vor einem idealisierten Menschenbild, sie weiß, dass das Dichten und Trachten des menschlichen Herzens von Jugend auf böse ist (Genesis 8, 21b). Unsere menschliche Natur ist vom Egoismus entstellt, das Böse durchdringt unsere Wirklichkeit und ist tief in uns verwurzelt (Erbsünde). Das zu wissen bewahrt vor schwärmerischen politischen Konzepten, in denen allein die Verhältnisse für die Situation des Menschen verantwortlich gemacht werden. Solche Konzepte greifen nicht, weil ihnen ein falsches Menschenbild zugrunde liegt. Reinhold Niebuhr (1892-1971) meinte, die Fähigkeit des Menschen zur Gerechtigkeit mache Demokratie möglich, aber die Neigung des Menschen zum Unrecht mache sie geradezu notwendig.

- *Die biblische Lehre von Christus.*

Jesus Christus ist Gottes Sohn und wurde Fleisch (Johannes 1, 14), nahm die Gestalt eines Menschen an. Er wurde versucht wie wir, doch blieb er dabei ohne Sünde (Hebräer 4, 15). Sein Vorbild gibt uns die Freiheit, ein Diener der Menschen zu sein, uns mit ihrem Leid zu identifizieren. Für uns Sünder starb Jesus am Kreuz, ausnahmslos für alle. Jeder Mensch ist ein potentiell Kind Gottes (Blumhardt). Es ist alles getan, er muss es nur glauben (Johannes 3, 16). Diese Sicht weitet den Blick und bewahrt uns davor, die geliebten Menschen Gottes auf den eigenen Bekanntenkreis zu beschränken (was wir zwar niemals sagen würden, aber manchmal denken). Die Weite der Liebe Gottes macht auch unsere Herzen weit für Freunde und Feinde, Sympathische und Antipathische und überhaupt für alle. Jesus Christus ist aber auch der König aller Könige und Herr aller Herren (1. Timotheus 6, 15), er trägt einen Namen, der über alle Namen ist. Alle Knie werden sich vor ihm beugen müssen und alle Zungen bekennen: Jesus Christus ist der Herr (Philipper 2, 9-11). Deshalb gibt es keinen Lebensraum außerhalb seines Herrschaftsbereiches. Wo immer wir sind, was immer wir tun, er ist zuständig. Die Barmer Erklärung von 1934 bringt es unmissverständlich auf den Punkt: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären...“

- Konsequenzen:

1. Wir können nicht groß genug von Gott und seinem Sohn Jesus Christus denken. Seine Schöpfung schließt das gesamte Universum ein, sein Sohn Jesus Christus ist der Herr aller Herren. Deshalb gibt es keine begrenzten Zuständigkeitsbereiche für ihn. Er hält alles (und auch uns) in seiner Hand, und er bestimmt das Leben der Menschen. In diese Weite sind wir als Christen berufen.
2. Weil Gott den Menschen geliebt, gewollt und geschaffen hat, weiß er auch am besten, was gut für ihn ist. Gottes Lebensordnung für seine Menschen sind die 10 Gebote. Jesus hat sie nicht abgelöst, sondern radikalisiert. Er stellte sein „Ich aber sage euch“ nicht gegen das, was „zu den Alten gesagt ist“ (Matthäus 5, 12.27.33.38.43). Auch im NT begegnen sie uns als gültiger Maßstab des Zusammenlebens mit Gott und den Menschen (Matthäus 15, 4; 19, 18; Römer 13, 8-10; 1. Timotheus 1, 8-10). Selbst das „größte Gebot“ (Matthäus 22, 37-40) steht mit den 10 Geboten in einem unauflöselichen Zusammenhang (5.Mose 6, 4+5; 3.Mose 19, 18). Das gilt nach wie vor.
3. Der Mensch ist nicht für die Obrigkeit da, sondern die Obrigkeit ist eingesetzt (von Gott) als Rechtsschutz für das Zusammenleben von Menschen (Römer 13, 4). Christen haben ihr zu gehorchen und für sie zu beten (1. Timotheus 2, 2). Die Grenzen des Gehorsams sind dort erreicht, wo das Gesetz der Obrigkeit gegen Gottes Gesetz steht (Apostelgeschichte 4, 19).
4. Unser Staat hat keine Obrigkeit mit Untertanen, er wird von Menschen nach demokratischen Regeln regiert und gestaltet. Christen haben die Möglichkeit, daran mitzuwirken – nicht im Sinne einer christlichen Politik, sondern in ihrer Verantwortung als Christen (Karl Barth: Es gibt christliche Schuhmacher, aber keine christliche Schuhmacherei).
5. Menschen sind nicht vollkommen und werden auf der Erde niemals vollkommen sein – das gilt auch für ihre Politik. Christen in politischer Verantwortung hilft das, im Blick auf sich und andere realistisch zu sein. Sie können Fehler vor anderen eingestehen und leben mit Gott und Mitmenschen auf der Basis der Vergebung.

### **5. Christ und Politik - gute Aussichten!**

Dietrich Bonhoeffer unterschied zwischen letzten und vorletzten Dingen, Menschen haben niemals Letztes zu schaffen, die letzten Dinge sind das Wort Gottes und seine Zusagen, das Gericht und die ewige Herrlichkeit. In der Traueransprache zum Tod von Uwe Barschels 1987 sagte Bischof Ulrich Wilkens im Dom zu Lübeck: „Tiefgreifenden Schaden richtet der an, der für die Politik auf der Erde keinerlei Himmel über ihr anerkennt. Der Staat ist nicht das Reich Gottes und wird nie imstande sein, das Reich Gottes zu ersetzen...Es gibt eine Art von „Realpolitik“ ohne wirkliche und aufrichtige Rücksichtnahme auf Religion, in den letzten Jahren mehr und mehr. Und die unheimliche Gefahr, die daraus erwächst, ist die, dass man sich, ohne es zu merken, gleichsam den Himmel aneignet und sich selbst eine Allmächtigkeit zuschreibt, die nur noch durch den politischen Gegner und durch die Zustimmung der Massen begrenzt scheint: den einen gilt es dann womöglich auszuschalten – die andern zu befriedigen. Durch solchen Realismus kann Demokratie um ihren eigentlichen Charakter gebracht werden, ohne dass sich an ihrer Fassade etwas ändert.“

Das Leben im Vorletzten steht unter der Aufgabe, dem Letzten den Weg zu bereiten, aber es kann und darf nie an seine Stelle treten. Das ist, richtig verstanden, entlastend für uns. Von der neuen Stadt Gottes heißt es: sie kommt von oben herab (Offenbarung 21, 2), wir können und müssen sie nicht erschaffen. Aber bis sie kommt, haben wir den Auftrag, das Beste dieser



irdischen Stadt zu suchen, und es gibt keinen Grund, die Arbeit zu beenden, bevor Christus wiederkommt.

Ich schließe mit zwei Zitaten von Politikern, beides Politiker der beiden großen Parteien und beides bewusste Christen:

*Dr. Diether Posser:* „Der christliche Glaube ist die Grundlage, auf der ich arbeite, und ich bemühe mich, als Christ nach den Geboten Gottes zu leben. Ich glaube auch, dass entgegen einer weit verbreiteten Meinung Politik und Glaube nicht nur nicht miteinander unvereinbar sind, sondern dass sie sich sehr gut ergänzen. Ich sage nicht, dass Nichtchristen keine gute Politik machen können. Das möchte ich zurückweisen...Der Christ ist eigentlich nur dadurch stark, dass er um seine Schwäche weiß. Und dadurch, dass er eben auf Gottes Wort hört und danach zu handeln versucht.“ (aus „Schritte“)

*Dr. Horst Waffenschmidt:* „Viele Menschen fragen mich, was Jesus für mich und meine politische Aufgabe bedeutet. Dazu sage ich: Der Glaube an Jesus Christus gibt mir die entscheidende Orientierung für meine politische Arbeit. Das Evangelium liefert uns die notwendigen Orientierungspunkte für die Wahrnehmung der Verantwortung vor Gott und dem Menschen. Für mich ist es ganz entscheidend, dass beides zusammenkommt: Gottesliebe und Menschenliebe. Für mich sind das tägliche Gebet und das Gespräch mit anderen Christen wesentliche Grundlagen, das harte Geschäft der Politik betreiben zu können.“ (aus: „Gebet für Bonn“)

Peter Strauch

Goltenkamp 4,  
58452 Witten,  
E-Mail: [strauch@bund.feg.de](mailto:strauch@bund.feg.de)